

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1920 Nr. 219

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

Bezugspreis: Die halbes und auswärtsige Bezüge monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 16,00 frei Haus. Durch die Post bezogen monatlich postal. Bezugsf. 6,00.
Redaktionsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentral 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 28. Mai

Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breite mm-Gründung 60 A. Die Spalte 30 mm breite mm-Gründung 80 A. Abdruck nach Cant. Verordnungen halbes Saale.
Redaktionsstelle Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf Amt Karlsruh 21, 0296
Eigentümer: Berliner Schriftleitungs-Verlag und Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

Im Interesse der Bekämpfung der Kapitalverschöpfung, des Aktienhandels und der Geldausfuhr wird die Uebertragung des Telegrammverkehrs nach dem Ausland eingestellt.

- * Zwischen Frankreich und Belgien werden Verhandlungen über ein militärisches Bündnis geführt.
- * Der englische Sozialistenkongress beschloß eine geschäftliche Form in wirtschaftliche Propaganda mit dem Ziel der Wiedereinstellung in England.
- * Der Kommandant der 5. japanischen Division hat Friedensverhandlungen mit der transbaikalischen Regierung eröffnet.

Bürgerkrieg in Ostpreußen

Im hiesigen Gebiet ist der offene Bürgerkrieg ausgetrieben. Seit gestern früh wird in der Gegend von Warmen ein Feuergefecht. Nach einem Ueberfall auf eine tschechische Wagnersstellung im Walde von Dombrau besetzten die Polen die Schützengänge des Gohmschützenganges, welche Stellung sie bis jetzt noch innehaben. Auf beiden Seiten sind die Verluste an Toten und Verwundeten groß. Es werden fortgesetzt neue Opfer gemeldet. Die tschechischen Arbeiter in Polnisch-Görsen eilten ihren Kameraden in Warmen zu Hilfe, so daß mit einer weiteren Ausdehnung der Kämpfe gerechnet werden muß.

Die „Schlag. Volkspost“ gibt heute die mit Photographie versehenen Requisitionen der Kurier wieder, die sie feinerzeit gegen tschechischen Aufständischen überbracht haben. Von polnischer Seite verfuhr man ungenügend weiter, diese Dokumente als Fälschung hinzustellen. Die Gültigkeit aller bisher rezipierten Gesetze bleibt durch folgenden, ebenfalls in tschechischer Veröffentlichung festgelegt:

Komitee zum Schutz tschechischer Organisationen.
Die Spionageorganisation der preussischen Regierung verheimlicht weitere Befehle unserer Organisation, und man muß die Befehle annehmen, daß sie von sämtlichen Einzelheiten Kenntnis hat. Daher beschließen wir anschließend an den Befehl vom 28. April, um unsere Organisation vor weiteren Aufwendungen zu schützen:

Das Hauptkommando und die Kreiskommandos enthalten sich bis auf weiteres jeder Tätigkeit in der Organisation. Zur Aufrechterhaltung des Organisationsdienstes sind spezielle Personen aus dem polnischen Heere bereits unterwegs. Dieselben werden jedoch keinen fähigen Wohnort in Ostpreußen haben, sondern nach Bedarf einreisen. Vom heutigen Tage ab ist ein neues Hauptkommando in Retowitz eingerichtet. Es übernimmt die gesamte Leitung in Ostpreußen und hinterläßt weitere Einzelheiten und Informationen für die hiesige Organisation mündlich. In der Annahme, daß das Material unserer Organisation auch in den jetzigen Orten vor den tschechischen politischen Spionagen nicht sicher ist, wird es deshalb vom Hauptkommando in Retowitz übergeführt, und wir werden dieser Lage besondere Kurier mit persönlicher Begleitung zum Empfangnahme des gesamten Materials. Der zweigeteilte Kurierdienst nach den herausgegebenen Einzelheiten vom 28. April bleibt bis auf weiteres bestehen. Es empfiehlt sich, sämtliche Waffen- und Munitionslager zu verlegen, da auch diese vor der Aufdeckung durch die preussischen Spione nicht sicher sind. Die bestehenden Offiziers- und Unteroffiziersschulen arbeiten weiter unter dem Namen von legalen Vereinen. Alle weiteren brieflichen Informationen usw. werden vom heutigen Tage ab ohne jegliche Unterschrift, nur mit dem Stempel der Legation versehen, verschickt. Besondere Informationen für solche Abteilungen werden dieser Lage herausgegeben.

Am 18. Mai d. J.
Komitee zum Schutz Ostpreussischer Organisationen-Abteilung.
Stempel:
Zentralrat des Westpreussischen Komitees.
D. Weusten, 27. Mai.

Gestern kam es hier zu größeren Demonstrationen des tschechischen Widerstandes, die über das schwache Auftreten der neuen tschechischen Besatzung sehr erregt ist. Ein tschechischer Offizier hatte sich mit zwei jungen Mädchen in ein Café begeben. Die Menge verlangte, daß die Mädchen herauskommen, und wollte an ihnen Ungehörigkeiten üben. Ein Vertreter der tschechischen Polizei machte den Offizier aufmerksamer, und dieser entfernte sich auch. Als die Mädchen aus dem Café kamen, wurden sie von der Menge umringt. Die Sicherheitskräfte nahmen sie in Schutz, um sie vor Tätlichkeiten zu schützen. Unter der Menge befand sich der Redakteur der tschechischen „Grenzzeitung“, der

beherige Neben hielt. Die Menge wandte sich gegen ihn. Er floh in sein Haus. Die Menge rühte aber nach. Gaborian rief aus dem Fenster um Hilfe. Herbeieilende Sicherheitspolizei säuberte das Haus und nahm Gaborian gegen die Menge in Schutz. Einem ebenfalls erkrankten englischen Offizier wurden Operationen dargebracht. Die Menge setzte es durch, daß die erkrankten französischen Soldaten den Platz verlassen mußten.

Die Polen bei Minsk geschlagen

Nach hier eingelaufenen Meldungen aus Prag und anderen Orten der tschechischen Ostfront wird übereinstimmend berichtet, daß die polnische Heeresgruppe im Rahmen von Minsk vernichtet und geschlagen sei. Die Eroberung von Minsk durch die Sowjettruppen sei nur eine Frage von Stunden und könne unter Umständen schon jetzt erfolgt sein. Die Meldung der Polen, daß Minsk noch nicht wieder in den Händen der Bolschewisten sei, wird durch Fundstücke aus Minsk als „freie polnische Truppe“ bezeichnet.

Auch im Rahmen von Wilna wird schwer gekämpft, über den Besitz Wilna ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Polen sind auch hier in bedrängter Lage.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Warschau: Pilsudski hat zum letzten Male die Verantwortung für die polnischen Beziehungen und die Wiederhernahme der Handelsbeziehungen. Nach einer Meldung aus Helsingfors wurde zwischen der polnischen und der russischen Regierung ein Abkommen getroffen über die Annahme diplomatischer Beziehungen und die Wiederhernahme der Handelsbeziehungen. Bei der tschechischen Offensive gelang es den Polen, die „Berlingske Tidende“ aus Warschau zu befreien, die tschechische Heeresgruppe wurde in Richtung auf die tschechische Grenze zurückgedrängt. Das hiesige tschechische Pressebüro meldet: Bei den Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau wurde eine Einigung über die Grenzfragen mit Ausnahme weniger tschechischer Einzelheiten erzielt. Bekanntlich wird im Rahmen der gesamte tschechische tschechische Gebiet, das 64-70 000 Quadratkilometer groß ist, umfassen.

Ueberwachung des privaten Telegrammverkehrs

Die Telegrammüberwachung ist neben auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums eingerichtet worden. Die Maßregel gründet sich auf die Verordnung des Reichs des Volksbeauftragten vom 15. November 1918. Wie die Volksbeauftragten soll sie vor allem zur Bekämpfung der Kapital- und Steuerhinterziehung, daneben auch der Durchführung des Reichs des Aus- und Einfuhr von Gold sowie der Ausfuhr, Veräußerung oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere nach dem Ausland, der Durchführung der Vorschriften über die Aus- und Einfuhr von Waren, schließlich auch der Bekämpfung des Kettenhandels, der Wucher- und Wucherzinsen, Ueberwachung werden nur private Telegramme nach dem Ausland. Sonstige freizügige Sendungen und politische Angelegenheiten sind von der Ueberwachung ausgeschlossen. Sie erfolgt bei der Aufgabenteilung im allgemeinen durch die Anstalten. In Orten mit mehreren Reichsfinanzstellen werden die Telegramme auch bei der Haupt-Telegrammzentrale im Zusammenhang nachgeprüft. Verdächtige Telegramme werden zwar ohne Verzug bejodert, aber eine Vorladung davon mit dem Vermerk „Verdächtig“ befreit der nächsten Postüberwachungsstelle überhant. Verdächtig und insbesondere Verfügungen über Bankausbeute oder die Eröffnung von Krediten, Telegramme über Handelsbeziehungen im Rahmen des üblichen kaufmännischen Geschäfts eines als einwandfrei bekannten Abwesenden gelten als unbedenklich.

Nach dem „Volks-Anz.“ richtet sich diese auf Verlangen der Reichsfinanzverwaltung gegen diejenigen, die sich gegen die Ueberwachung des Telegrammverkehrs nach dem Ausland; dem tschechischen Verlesenscheinungen darüber unbedingt berichten werden, und selbstverständlich soll jede politische Ueberwachung des Telegrammverkehrs unter allen Umständen unterbleiben. Der Reichsfinanzminister hat den Reichsfinanzminister und Bundespräsidenten hatte an den Reichsfinanzminister ein Eingangs geschrieben, in der er ihn ersuchte, die Frage zu prüfen, ob die Fortführung der Postüberwachung zur Verhinderung der Kapitalflucht noch erforderlich ist. Der Reichsfinanzminister hat hierauf geantwortet, daß sich die Postüberwachung als ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Kapitalflucht erweisen habe. Ihre Beibehaltung behalte nicht nur darin, daß auf diesem Wege nach dem Ausland bestimmte Vermögenswerte festgestellt und zur Kenntnis der Steuerbehörden gebracht würden, sondern auch darin, daß aus dem Anhalt der Werte Mittelungen oder Verbindungen bei Kapitalflucht, Vermögensbeziehungen nach dem Ausland entnommen und verfolgt werden könnten. Dazu komme, daß in den zur Verhinderung der Kapitalflucht erlassenen Gesetzen und Verordnungen der Postüberwachungsstellen eine bestimmte Mitwirkung bei der Ausfuhr dieser Werte übertragen worden ist. Es werde aber, das Fortsetzen des Reichsfinanzministeriums sein, die Postüberwachung aufzugeben, sobald diese ein Gewöhrnis der vorerwähnten Interessen denken könne.

Herr Müller aus Europa

Von Friedrich Hügel.
In einer Zeit, da wir die lastendsten Hände zum Wiederaufbau unserer durch die Revolution zerrütteten Wirtschaftslebens brauchen, stehen Leute an der Spitze des Staates, deren einziges Verdienst es ist, daß sie in jahrelanger Mauthausarbeit das deutsche Volk zum Mühsamsten aufgepeitscht und die Straftat unter Heimat geschlocht haben, bis wir schließlich dank der von ihnen herbeigeführten Uneinigkeit zu schwach geworden waren, um den Krieg gewinnen zu können. Als dann infolge ihrer Segereien unter dem Herr das tschechische Kaiserreich geboren war und als Deutschland am Boden lag, da haben sie aus dem nationalen Unglück den Vorteil gezogen, haben auf den Trümmern unseres Landes ihre Herrschaft errichtet und haben überall in deutschen Landen die Futtertrümpfen aufgestellt, zu denen sich jetzt ihre Günstlinge in dichten Scharen drängen. Noch nie hat in Deutschland eine solche Günstlingswirtschaft geblüht wie jetzt, noch nie ist die Unfähigkeit mit solcher augenfälligen Unfehlbarkeit auf den Thron erhoben worden wie im Zeitalter des demokratischen und sozialdemokratischen Depots.

Den besten Beweis dafür bietet der Reichsfinanzminister, der ja leider auch längere Zeit Minister des Auswärtigen war und natürlich auch jetzt noch einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung unserer auswärtigen Politik ausübt. Dieser Mann hat es gewagt, auf den Reichskongress der Sozialdemokratie im Hinblick auf unsere auswärtige Politik optimistische Töne anzuschlagen, die angesichts der wirklichen Lage jedem Deutschen mit Empörung erfüllen müßten. Daß Herr Müller an so wichtigen Posten sitzen sollte, ist zu bedauern, als daß man sich darüber erst noch zu erhitzen braucht; gegen Adolphe ist noch kein Kraut gewachsen. Geradezu unerhörte und unglücklich ist es jedoch, wenn der Herr Reichsfinanzminister es unternimmt, davon zu reden, daß auch in Frankreich die Wermut im Augenblick zu behaupten, in dem die Franzosen ihre schwarze Goldkassette über das Rheinland ergossen haben. Noch nie ist einer großen europäischen Nation so tiefe Schmach angetan worden, wie es hier dem deutschen Volke durch die Franzosen gescheit. Herr Müller aber ist ja der bestmögliche Feind für nationale Würde, daß er eben jetzt von der zunehmenden Einsicht der Franzosen zu reden sich erlaubt. Und ein solcher Mann sieht an der Spitze des Deutschen Reiches. Schon diese Tatsache müßte genügen, um ein Regierungssystem, das solche Ungehörlichkeiten ermöglicht, im Wahlkampfe fortzuführen.

Unglück und Schande, Not und Unruhe sind im Gefolge der Revolution über unser armes deutsches Land heraufgeschwitten. Die Seiner aber, die die unglückseligsten Stellen auf unterem Posten besetzen haben, haben dabei, reiben sich die Hände und freuen sich, daß ihr Parteigenossen blüht. Mag Deutschland verachtet sein unter den Völkern, mag bittere Armut uns drücken, sie lassen sich ins Fröhliche; denn sie sitzen in der Macht. Für Schande und Unruhe haben sie kein Verlangen, das sind ihnen unbekannte Begriffe. Um je mehr sollte man meinen, müßten sie wenigstens für die Notleidenden des Lebens Sinn haben. Aber auch da verlagert Herr Müller und mit ihm sein demokratisches Volk. Herr Müller ganzlich dem Reichskongress etwas von nachdenklichen, freisinniger Verantwortlichkeit vor. Das tut er jetzt in dem Augenblicke, da Herr Vincowar im „Martin“ für eine möglichst hohe Belohnung Deutschlands mit Entschädigungsummen eintritt. Herr Vincowar war nicht nur der Präsident Frankreichs während des Krieges, sondern er befindet sich auch jetzt noch als Präsident der Kommission des Reparations in einer sehr maßgebenden Stellung. Vincowar behauptet, wie die tschechische demokratische „Frankfurter Zeitung“ zu ihrem großen Schmeichelei muß, Frankreich habe den Alliierten eine Entschädigungsumme von 100 Milliarden Goldmark versprochen. Das Frankfurter Demokratienblatt kämpft nun mit allen Mitteln gegen diese falsche Behauptung und sucht den Irrtum des tschechischen Reparationskommissars darzutun; Herr Kanzler Müller aber läßt auf seiner Verhörmingspiste und will dem deutschen Volke weismachen, in Frankreich begimme die Einsicht zu regen. Aus den dieser Lage veröffentlichten Zahlen ging hervor, welche ungeheuren Summen an Werte Deutschland den Alliierten bereits erstattet hat. 8 1/2 Milliarden Mark ist unsere Schuldsumme wert, 7 Milliarden Mark bringt die Liquidation unserer Unternehmungen im Ausland, auf 7 Milliarden sind die Rücklagen zu setzen, die unseren Feinden infolge des durch die Revolution überführten Krieges in die Hände gefallen sind, 7 Milliarden Mark machen die österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Anleihen aus, die wir unter Gegnern abgetreten haben, 1 Milliarde Mark mindert uns die Saargruben wert, auf 6 1/2 Milliarden Mark ist das Reichs- und Staats-eigentum in den abgetretenen Gebieten zu beziffern, und auf 2 3/4 Milliarden Mark sind die bisher schon geleisteten Wiederaufbauarbeiten an Wäldern, Flüssen usw. bezehmet worden. Das ergibt zusammen die halbfache Summe von 39,367 Milliarden Mark. Zielt man dabei in Betracht, daß alle diese Werte außerordentlich niedrig in Ansat gebracht worden sind, und daß die von den Alliierten erhobenen Bälle in Höhe von 212 Millionen, das abgeteilte Kriegsmaterial,

die ausgelieferte Kriegskolonie, die in Feindesland errichteten Kasernen und die Leistungen für die fremden Besatzungsheere überhaupt völlig außer Acht gelassen sind, so ergibt sich, welche furchtbare Last dem deutschen Volke auferlegt worden ist.

Zunächst daran tragen diejenigen, die durch vorläufigen Nachfragen im Kriegs- die innere Wirtschaftskraft des Volkes zerstört, die Einheitsfront geriert und die Revolution wissenschaftlich vorbereitet haben, die den Waffensstillstand unterschreiben und sich ihrer Forderung unserer raschigsten Feinde gestirbt, die nach inebor Unordnung, Streiks, Gewalttat und Korruption, von aussehtische Schände und wirtschaftlichen Ruin über uns gebracht haben. Und der Mann, bringt Name unter dem Schwärzen von Versailles steht, bringe den Mut an, angeht die moralischen Demütigungen und der militärischen Erfreulichen durch die Franzosen von zunehmender Vermittlung in Frankreich zu sprechen!

Der Staatskommissar über die Putschgefahr

b. Berlin, 27. Mai.
Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung weist darauf hin, dass die Besatzen der Presse über die in der letzten Zeit durch die Zeitungen gegangenen Nachrichten über einen bevorstehenden Putsch mit dem darauffolgendem Reichspulich gescheit.

Man einen Putsch von links glaubt der Staatskommissar nicht. Dennoch erkennt die Kommission nicht die Gefahr, die durch die in den Putschparteien tätigen Gelingen in der Richtung eines Unfalls besteht.

Was die Gefahr, von rechts betrifft, so lagen die Dinge ganz ähnlich. Er betreffe entschieden, dass ein wohlorganisierter Arbeiter Putsch in Vorbereitung ist. Durch die Artikel in der Presse von einem drohenden Kommunistenaufstand sei namentlich in Gutschieferreisen eine überaus nervöse Erregung erzeugt worden. Die Leute, die zum Teil vereinzelt, ohne Nachbar, auf ihren Gütern wohnen, seien der Überzeugung geworden, dass der Auffstand eines Tages bevorstehe. In dieser Überzeugung vertrieben sie sich natürlich vor. Überfallen zu scheitern, indem sie frühere Soldaten als Landarbeiter oder Diener anstellten. Es wäre nichts verkehrter, als einen solchen konservativen Putschbesitzer für einen Vaterlandsfeind und Putschisten zu halten. Es seien zum großen Teil Leute, die durchaus auf dem Boden der Versöhnung stehen, und die nur zur Selbstverteidigung gegrißen haben, um sich vor einem event. Kommunistenaufruf zu schützen.

Wer eine andere Gefahr, so fahrt der Vortragende fort, lei nicht leicht zu nehmen. Eine liegt in den jetzt in der Aufkündigung begriffenen Freikorps sowie in den übrigen aufzulösenden militärischen Formationen. Die zur Entlassung kommenden Leute ängstigen sich um ihre Zukunft und seien deshalb umständlichen und bescheidenen Mitten sehr leicht zugänglich, weil für der Meinung seien, sie könnten bei einem Umsturz nur gewinnen. Das sei eben die letzte Voraussetzung in Stuttgart, in eine Abteilung eines in Westfalen aufgelösten Freikorps bewaffnet eingetroffen sei. Die Abteilung sei über Berlin gekommen und habe sich hier unangeordnet in gefälschter Formation vom Bahnhof zum Zettlinger Bahnhof begeben können. Der Staatskommissar teilt mit, dass er sich an Hand dieses Vorkalles an den Reichswehrminister gemeldet und um eine andere Methode bei der Auflösung der Truppenteile ersucht habe. Wie er meint, sei es sonst nicht möglich, infestabilen Kräfte entgegenzutreten, die auf Grund solcher Vorkommnisse behaupten, es handle sich um eine planmäßige Organisation und Zusammenziehung reaktionärer Truppen.

Die Lösung, meinte der Staatskommissar, dass eine auser Putschgefahr nicht vorhanden sei. Wenn es gelänge, die militärischen Formationen reiflos aufzulösen und für die Zukunft der Leute zu sorgen, so ist er überzeugt, dass man auch der Gefahr von dieser Seite begegnen könne. In einem sonderbaren Sinne erscheint gegen die Ausführungen des Staatskommissars ein Zirkular, das nach dem "Abendblatt" in Berlin verbreitet wird und lautet:

Proletarier, Genossen! Das Exekutivkomitee der revolutionären Arbeiter hat Versprechungsversesselt eingestellt, um die Verpflichtungen der Arbeiter zu erfüllen. Alle Lebensmittel sind von revolutionären Exekutivkomitee beschlagnahmt. Arbeitseinstellen und hamstern von Lebensmitteln

wird mit dem Tode bestraft. Unerschaffen der Zeitung durch das Versprechungsversesselt unterhält das Versprechungsversesselt den sofort zu wählenden städtischen Räten; diese sind in den nächsten Tagen für Groß-Berlin zusammenzuführen. Die Versprechungsversesselt werden von morgen ab Lebensmittel ausgeben, die nur an Personen auszugeben sind, die sich für die Ziele des revolutionären Exekutivkomitees, das heißt für die Ziele der Arbeiterrepublik zur Verfügung stellen. In die Lebensmittelzentralen sind hauptsächlich auch Frauen zu entsenden. Spornarmut wird bringen verboten. Proletarier, ihr Kampf für mich und eure Zukunft ist das Exekutivkomitee der revolutionären Arbeiter.

Was sagt der Herr Staatskommissar dazu?

Umsturzpläne in England

v. Paris, 27. Mai.
Die „Daily Mail“ berichtet: Der englische Sozialist James Keir hat beschließen, in ganz England eine große sozialistische Revolution zu entfesseln. Einer Resolution des Kongresses zufolge soll den Sturz der gegenwärtigen Regierung vorgebracht werden mit dem Ziel einer Ausrufung einer Arbeiterrepublik in England.

Der „Corriere della Sera“ schreibt, die Regierung hat über die Proben Albino den Ausschuss zugunsten verhängt und mehrere Regimenter Carabinieri zur Unterdrückung der bolschewistischen Bewegung abgelandet.

Die „neue Kriegsgefahr“

v. Paris, 27. Mai.
Bei der Ausrede über die Genemigung des Friedensvertrages von Saint-Germain in der Kammer wurde bemerkt, der englische Schatzkanzler habe erklärt, Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain hindere Österreich nicht an dem Abschluss eines Deutschen mit Österreich. Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain bestimmen, dass von einem Zusammenstoß Österreichs und Deutschlands nur die Weite sein könne, wenn der Völkerbund einhellig zustimme. Kardie nahm Kenntnis von der Verfügung, dass die Regierung über das Entstehen in der österreichischen Verfassung nicht geändert habe. Der Vertrag setze an die Stelle des österreichischen Reiches, welches 50 Millionen Menschen zur Verfügung Deutschlands stellen würde, eine Anzahl von Republikanten, die mit vollem Herzen für Frankreich sein würden, falls man sich mit ihnen absetzen möchte. Dabei erklärte, der Vertrag sei schlicht, weil die Einheit Deutschlands in 30 Jahren eine neue Kriegsgefahr bilden würde.

Ungeklärt, aber wahr!

b. Saarbrücken, 27. Mai.
Großes Aufsehen erregt hier ein Verammlungsbericht der Regierungskommission für das Saargebiet, worüber die führenden Zeitungen des Saarlandes längere Artikel im Tone größter Entrüstung veröffentlichten. Am 5. April auf die in 15 Jahren zu erwartende Volksabstimmung im Saargebiet hatte ein Mitglied des Saarbündner Stadtrates beantragt, schon jetzt mit der Vorbereitung der Vitenaufstellung für die zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensvertrages hier anwesenden 140 000 Personen zu beginnen. Die sachliche Verwaltung hatte diesem Antrag zugestimmt und stellte für diesen Zweck 10 000 Mk. zur Verfügung. Gleichzeitig wurde angeordnet, dass die Stadtverwaltung sich mit den Landräten derjenigen Kreise, welche im Saargebiet liegen, in Verbindung setzen solle, damit auch diese derartige Viten aufstellen, um dadurch ein einheitliches Vorgehen zu schaffen. Die Regierungskommission des Saargebietes war ebenfalls zu dieser Konferenz geladen. Sie stellte sich aber auf dem Standpunkt, geeignet wäre und verbote den Bürgermeistern und Landräten die Beteiligung an diesen Bestrebungen. Die Stadtverwaltung Saarbrückens hatte sich nunmehr an die Regierungskommission gewandt, damit diese die Vitenaufstellung veranlasse. Eine Antwort ist bis heute noch nicht erfolgt. In der gestrigen Stadtsitzung wurde wegen dieses Vorgehen der Regierungskommission lebhaft protestiert und dieser Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Saargebietes entschieden zurückgewiesen.

Die politische Regierungskommission verleiht den deutschstämmigen und reichstreuen Saarbewohnern also, für den Kampf um ihre Zugehörigkeit zum Reich nützliche Vorkarbeit zu leisten. Wir haben's herrlich weit gebracht im demokratischen Volksstaat!

Bis in das Glend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

Von Kay Kreuzfeld.

Was soll das heißen? Und wie kann eine ungarische Wehrgebe so moagen, in solcher Weise von der rechtmässigen Drigkeit zu reden? Das mag aus und trans der Wehr, wie man hier sagt, einen Epan aufeinander hat, weiß und erkennt zwar jedes Kind, und dass hier im Lande eine Stimmung herrscht, von der der Herrer Mathias in Wien gehört hat, das heißt dort als eine solche angesehen werde, die Vorfall in der Verwendung der ungarischen Regimenter im österreichisch-ungarischen Italienischen Krieges nötig machte, das man im hiesigen Standen auch nicht entgegen. Sollte man wirklich die Wehrträgnis des Hauses Habsburg als die günstige Gelegenheit zur Wiederholung des Jahres 1849 ansehen? In der Stadt hat keiner Jager noch ein Hundemünder, für den irgend ein ungarischer Graf oder Baron ganz im gegebenen den preußischen Ministerpräsidenten, den geschicklichen Grafen Bismarck, aufgelegt habe, der in den Wiener Zeitungen als der Antifisier alles Unheils bezeichnet wird und dem sie fort ohne Bedenken die schmerzlichen Daten zutrauen und unterteilen.

Doch, was darf ich armsel Schmeiherlein im Irgetraren der hohen Politik herumtaumeln? Die Serren, die am Ruder sitzen, werden heute, wie allezeit, ihre Karten doch nur mischen, „um es am Ende geht zu lassen, wie's Gott gefällt.“ Zu denken aber hat uns jene Stelle in dem Schreiben des Stomatils viel gegeben, und eine Antwort auf die mancherlei Warum haben wir nicht finden können. Bis auf allezeit, der viele böse Besatzungen in Budapest hat, konnte dieses Rätsel lösen.

Und da bin ich wieder bei ihm angelangt, mit dem meine heutigen Aufzeichnungen beginnen. Was ist an ihm verloren haben, wird uns erst so recht klar, wenn wir seinen Wehrträgnis betrachten. Wie Nicht und Finsternis haben die beiden einander gegenüber!

Nur hat er, wie gesagt, aus dem Feldlager in Böhmen

Zur Neuordnung der Reichswehr und des Reichswehrministeriums

erfahren wir in Ergänzung bisheriger Mitteilungen: Das neue Reichswehrgesetz, das die grundlegenden Bestimmungen für das neue Reichsheer enthält, wird, wie in den wesentlichen Punkten fertiggestellt und wird dem neuen Reichspräsidenten nach der Konferenz von Eps angedacht. Die Eps-Entschlüsse sind im Reichstag beschlossen worden, die Regierung wird im Beneh zu erörtern, dass die 100 000 Mann starke Reichswehr, die insbesondere als die Kern der neuen Armee in Europa, nicht in der Lage ist, den Interessen an wesentlichen Punkten des Reiches die Ruhe wiederzuerhalten und als Bamberpunkte nicht die Aufgaben erfüllen kann, die ihr angedacht werden. Um den Wünschen der Einzelheiten nachzukommen, wird im neuen Gesetz bestimmt, dass die Truppen möglichst dem Lande entstammend, dem sie die besten Kampfmomente. Auch die Besetzung der neuen Reichswehrgeschwader bringt den landmannschaftlichen Charakter zum Ausdruck. Die neuen Standorte werden vom Reichspräsidenten nach Rücksprache mit den Ländern festgelegt. Die entgeltliche Ermittelung der Reichswehr kann erst erfolgen, wenn genau feststeht, wie hoch die neue Reichswehr sein soll.

Das Reichswehrministerium besteht aus Vertretern der Wehrmacht aller Länder, auch die Gemeinliche Wehrfachgruppen und Vierungsstelle in Berlin, die mit den Untergruppen gleicher Art bei den einzelnen Gruppenkommanden arbeitet, besteht aus Vertretern der Bundesregierungen. Der Entwurf von Landes- und Provinzialgesetz für die Wehr ist dem Reichspräsidenten von der Zentralstelle aus.

Das Reichswehrministerium besteht aus Vertretern aus vier Abteilungen, 1. dem Hauptquartier, der Administration, der Reichswehr, 2. der Generalstab, 3. Generalstab, 4. Truppenausbildung, Inspektion, Personalamt, 5. Generalstab, 6. Verwaltungs- und Staatssekretariat (Generalinspektion, Personal, Wehr- und Kriegsmedizin), 7. Marine. Die Stelle des früheren Politkabnetts übernimmt das Personalamt unter Generalmajor Kraus, in ihm werden nur kriegsbesahmte Offiziere angestellt. Die Wehrmacht bis zum Ende des Jahres 1913 wird der Reichswehrminister, vom Generalmajor Reichspräsidenten. Alle Wehrvorgänge werden dem Generalstab bearbeitet.

Der Deutsche Beamtenbund

b. Berlin, 27. Mai.
Der außerordentliche Vertreter des Deutschen Beamtenbundes setzte die Verhandlungen fort. Nach Beendigung einer Reihe dringlicher Anträge, durch die dem Bund der hiesigen Beamten bis zum Ende des Jahres 1913 die Mitgliedschaft in ein Beitritt ermöglicht wurde, wurde die Zustimmung mehrerer Anträge von Verbänden, in den Deutschen Beamtenbund aufgenommen zu werden, hält der Bund die angeregte Range setzen. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat dem Antrag zugestimmt. Der Vorstand hat auf einen günstigen Bescheidungsbescheid der Unterfertigung des Generalsekretärs durch die Beamtenfaktion hinaus, enthält sich jeder innerpolitischen Stellungnahme und veranlasse als einziges Ziel Eingetritts zu diesem Beitritt. Der Antrag ist jedoch nicht durch die Kommissionen in die Verhandlungen gelangt. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: Der Deutsche Beamtenbund billigt die Fassung der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes, soweit sie sich auf Verhandlungen bezieht, die zur Festsichtigung der Mitgliedschaft der Beamten führen. Der Beamtenbund fordert im übrigen von der Bundesleitung, daß unbeschadet des Zusammenwirkens mit gesellschaftlichen Organisationen aller Richtungen die parteipolitische Neutralität unter allen Umständen gewahrt wird.

Die neugegründete Kantler Sparte, die für die kommenden Reichstagswahlen eine eigene Liste aufstellt, vertritt besonders die Wünsche der Kantler Arbeiter und fordert die Festsichtigung der Mitgliedschaft mit autonomen Bewusstsein, bereit eine die Kantler sein soll.

Was für Deutschland. Die Wehrvereinbarung der deutschen Landwirte hat sich mit Zustimmung der Reichsregierung mit einer holländischen Wehrvereinbarung im Betrag von 750 000 Mk. einer Million Tonne Weizen. Die Wehrvereinbarung der Weizenkäufer hat sich auf etwa zwei Jahre erstreckt. Der in den nächsten Wochen entstehende Weizen wird an die Reichsregierung zur Verwertung abgesetzt werden, vom August ab soll der Weizen zur Schmelzerei verwendet werden.

Was man Ernst und Hüll als fähige Kandidaten entlassen. Den Ungar und Bolan aber hat er kein Wort gesagt, und sie haben in Lohn und Brot bleiben können.

Die acht Entlassenen sind zu keiner gekommen, haben ihm ihr Leid gesagt, doch sie herausgefordert worden und das, sie, weil man sich durch auch nicht schimpfen und lästern lassen wollte, von ihren Häuten zur Verteidigung des Deutschums Gebrauch gemacht hätte; nun sagen sie da, zum Teil mit Weib und Kind, ohne Lohn, ohne Brot, und so weiter, und so weiter.

Reiner hat sie erst gründlich abgemenselt, das sie es überhaupt zum Streit hätten kommen lassen, das sie Malgarnier seien, vor denen man sich auch höchstens beständiger Zurückweichen des Dorffriedes verheißt müßte, und das ihnen eigentlich ganz recht gelände, wenn sie jetzt einige Zeit lang Wehrer Schmaltens als Hiesigenmeister haben würden.

Die armen Schelmere aber haben so infandig weiter abgetrieben und so treuerhige Gefährten dazu gemacht, daß Wehrer ihnen schließlich verpackt, er wolle mal bei den Wehrer fragen, ob die Arbeit hätten und ein paar hiesigen Wehrer gebrauchen könnten. Und siehe da! Dem Vortag schon waren sie nicht ohne in Lohn und Brot untergebracht, denn die Ernte ist so, und wie fröhliche Arme ist immer Verwendung.

Und wie die Aften jenen, so grüßlichen die Jugend! Die Korberren des Vormittags haben die Jugend nicht rufen lassen, und am Nachmittag sind sich meine Feindchen mit den fremden Bengels in die Saare gefahren. Und ganz ganz kriegsmäßig. Mit Trommeln, Trompeten und anderen Saaren. Doch wie man sich sofort, und so dauert bis Freuden nicht lange. Meine Kampfblinde fluchte ich mit ihren Fingern Fehlschützen in Schalartel, b. Ich ließ nachhaken, was fremden Bengeln habe ich angeblich, daß ihnen vom Gemeindevorstand, vor dem sie leidlichen Wehrer haben, einen arnblinde Tracht Primpel verorbnet werden solle, wenn sie sich etwa wieder in Kampff und Krieg ankreie.

Und so muß ich denn meine heutigen Aufzeichnungen abschließen wie der Komponist eines Rondos, mit demselben Thema, von dem ich ausgegangen bin:

Krieg! Krieg innen und außen!

